

Mehr Gerechtigkeit durch weniger Arbeit *Linke Arbeitszeitphantasien*

Derzeit geht es in Kakanien Schlag auf Schlag. Dramatisch steigende Arbeitslosenzahlen und ein nicht zuletzt dadurch explodierendes Staatsdefizit, versetzen die politische Klasse in zunehmende Nervosität. Und weil inkompetente und daher im Zustand permanenter Überforderung handelnde Akteure selten vernünftige Entscheidungen treffen, jagt derzeit eine Schnapsidee die nächste.

Die von SPÖ-Klubobmann Schieder erhobene und am ersten Mai von Kanzler Faymann bekräftigte Forderung nach sechs Wochen Urlaub für alle (außer für diejenigen, die die Chose zu bezahlen haben – nämlich die Unternehmer), ist ein gutes Beispiel. Doch schon wird der nächste Coup gelandet: der „Überstundeneuro“. Nach den Vorstellungen des derzeitigen Sozialministers und potentiellen Bundespräsidentenskandidaten Hundstorfer (allein der Umstand, dass dieser Mann zu den heißen Favoriten um das höchste Amt im Staate zählt, wirft ein grelles Licht auf die Qualität der Personalreserven der hohen Politik) sollte die Ableistung von Überstunden künftig pönalisiert werden. Es versteht sich von selbst, dass nicht etwa die Werkstätigen Massen durch den ins Auge gefassten Strafzuschlag von einem Euro je Stunde belastet werden sollen, sondern natürlich die entmenschte Ausbeuterklasse. Die Unternehmer haben’s ja schließlich, wie jeder Rote weiß, und können die ihnen dadurch entstehenden Mehrkosten daher locker verkraften.

Doch halt – das stimmt so nicht, denn das Ziel des (möglicherweise) nächsten Hausherrn der Hofburg ist es ja, die Zahl der geleisteten Überstunden zu verringern. Der geradezu geniale Gedanke dahinter geht in dieselbe Richtung, wie der Urlaubsplan des nicht minder brillanten Genossen Schieder: Durch den Wegfall von Überstunden und die Ausdehnung von Urlaubsansprüchen wird – so die sichere Gewissheit der beiden Anwärter auf den Wirtschaftsnobelpreis – das Arbeitsplatzangebot zunehmen. Mit schlichteren Gemütern ausgestattete Naturen unter den Wählern, könnten sich tatsächlich einreden lassen, durch die Verteilung der bestehenden Arbeitsmenge auf mehr Köpfe, sei dem Problem der Arbeitslosigkeit beizukommen und dem Raubtierkapitalismus damit endlich die Zähne zu ziehen. Politisch/taktisch daher ein listiger Gedanke, der – völlig zu Recht - die Unbedarftheit großer Teile des Stimmviehs einkalkuliert.

Doch leider: Im Leben unter Marktwirtschaftsbedingungen wird kein Wunschkonzert gespielt (in einer Planwirtschaft gibt’s nicht einmal Instrumente) – und im irdischen Jammertal kann bloßer Glaube am Ende eben doch keine Berge versetzen. Was den beiden begnadeten Arbeitswerttheoretikern nämlich leider völlig entgangen sein dürfte: Bei den österreichischen Unternehmen handelt es sich zu einem großen Teil um Klein- und Mittelbetriebe. Je kleiner das Unternehmen, desto stärker ist es auf eine flexible Gestaltung der Arbeitszeiten angewiesen – also etwa auf die fallweise Ableistung von Überstunden. Bei stark schwankender Auftragslage, gilt das natürlich umso mehr. Ein Dreimannbetrieb kann aber wegen des Wegfalls einer im Durchschnitt möglicherweise recht geringen Zahl von Überstunden oder wegen der Ausdehnung des Urlaubsanspruchs um ein Fünftel, eben keinen weiteren Mitarbeiter einstellen. Jeder, der sich jemals mit Betriebswirtschaft befasst hat und/oder auch nur über einen Funken an Einsicht verfügt, weiß das. Minister Hundstorfer und Klubobmann Schieder zählen nicht zu diesem Kreis.

Die mutwillige Verteuerung von Überstunden wird zur Folge haben, dass kleinere Betriebe auf den einen oder anderen Auftrag verzichten müssen und dass das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ dieser Unternehmen jedenfalls sinkt. Der zunehmende internationale Wettbewerbsdruck macht es nämlich so gut wie unmöglich, erhöhte Lohnkosten einfach auf die Verkaufspreise aufzuschlagen. Die Konkurrenz im weniger unternehmerfeindlichen Ausland schläft nämlich nicht. Aber das lässt die roten Bonzen offensichtlich eiskalt.

Konsequenz: Wieder werden KMU im Verhältnis zu Großbetrieben, für die es wesentlich leichter ist, ihr Personal situationselastisch einzusetzen, schlechter gestellt. Das in Sonntagsreden so oft beschworene Bekenntnis zur Förderung von Selbständigkeit und Unternehmertum, wird durch sozialistische Realpolitik - einmal mehr – konterkariert. Man kann es nicht oft genug wiederholen:

- ▶ Gleichheit ist etwas anderes als Gerechtigkeit.
- ▶ Oktroyierte Gleichmacherei führt zu Leistungsverlusten.
- ▶ Wohlstand entsteht durch *Arbeit*, nicht durch *Nichtarbeit*.

Schade, dass wir nicht erleben werden, dass das Offensichtliche endlich auch von den Sozialisten in allen Parteien begriffen wird...

a.toegel@atomed.at